

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6919

"Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion ("Data Union Strategy") 23.05.2025 - 18.07.2025"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/6919 vom 03.06.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7597 des WI vom 15.07.2025
3. Beschluss des Plenums 19/7668 vom 22.07.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion ("Data Union Strategy")

23.05.2025 - 18.07.2025

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 28. Sitzung am 3. Juni 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Seit der ersten [EU-Datenstrategie 2020](#) hat sich das digitale Umfeld durch technologische Entwicklungen (z. B. generative KI), geopolitische Herausforderungen und den internationalen Wettbewerbsdruck stark verändert. Die EU-Kommission will daher 2025 eine Strategie für die Europäische Datenunion vorlegen. Diese Konsultation soll dazu beitragen, die künftige politische Agenda für die EU-Datenwirtschaft zu gestalten.

Die neue Strategie soll den Veränderungen Rechnung tragen und die Empfehlungen aus dem [Draghi-](#) und [Letta-](#) Bericht zur Stärkung eines sektorübergreifenden europäischen Datenraums umsetzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 19/6919

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

**Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion ("Data Union Stra-
tegy")**
23.05.2025 - 18.07.2025

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt die geplante neue Strategie der EU-Kommission für die Datenunion. Dabei handelt es sich um die Weiterentwicklung der EU-Datenstrategie aus dem Jahr 2020, die bereits wichtige Weichen für die Zukunft der Europäischen Datenökonomie stellte.

Die Entwicklung und Ausgestaltung der Datenökonomie ist absehbar der wichtigste Treiber für wirtschaftliches Wachstum, Innovation und spannende, zukunftsweisende Arbeitsfelder.

Dabei ergibt sich durch die technologischen und geopolitischen Entwicklungen eine neue Ausgangslage für die Erfolgsfaktoren Europäischer Unternehmen im Umfeld einer entstehenden Europäischen Datenökonomie. Die Strategie für eine Datenunion muss dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit des industriellen Sektors zu unterstützen, indem sie Wertschöpfung versprechenden Datenaustausch anregt.

Zuallererst steht dabei die Erkenntnis, dass durch die sprunghaften Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der künstlichen Intelligenz der Wert von qualitativ hochwertigen Daten noch einmal massiv gestiegen ist. In Zukunft werden sich nicht mehr nur einschlägige „Technologie“-Unternehmen dadurch differenzieren und profilieren, dass ihre Daten durch KI-Systeme analysiert und nutzbar gemacht werden, sondern die Erhebung und Nutzung proprietärer Daten wird für Unternehmen aller Branchen, insbesondere des für Bayern so wichtigen Industrie- und Deep-Tech-Zweiges, wesentliches Erfolgsmerkmal sein.

Bereits in der Datenstrategie des Jahres 2020 und insbesondere in der Implementierung des EU-Data-Acts wurde das Potenzial der Nutzung von Industriedaten klargesehen. Die Strategie für eine Datenunion muss dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit des industriellen Sektors zu unterstützen, indem sie Wertschöpfung versprechenden Datenaustausch anregt.

Begleitend dazu wurden im Data Act „Dateneigner“ (Unternehmen, deren Produkte während der Nutzung Daten erzeugen) dazu verpflichtet, diese den Nutzern

der Produkte zugänglich zu machen bzw. die Daten auf Wunsch des Nutzers Dritten „Datenempfängern“ zugänglich zu machen.

Die Strategie für eine Datenunion muss einen Beitrag zur Rechtssicherheit bei Datennutzung und -austausch leisten, ohne gleichzeitig durch unangemessenen Erfüllungsaufwand oder Risiken beim Datenaustausch (z.B. Zugriff auf Geschäftsgeheimnisse) die Entwicklung datengetriebener Geschäftsmodelle im internationalen Vergleich weniger attraktiv zu machen.

Gleichzeitig wurden bereits im Data Act der internationalen Übermittlung auch von nicht-personenbezogenen Daten Beschränkungen auferlegt, um den staatlichen Zugang zu verhindern, soweit dieser Zugang Unions- oder nationalem Recht widerspricht. Hier muss sichergestellt sein, dass die einschlägigen Regelungen für die Übermittlung von personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Daten miteinander in Kohärenz stehen.

Deswegen sind im Einzelnen folgende Anmerkungen aus bayerischer Sicht veranlasst:

1. Die Anreize, qualitativ hochwertige (Maschinen-)daten zu erheben und zu nutzen müssen in der Strategie für eine Datenunion im Vordergrund stehen, da sich Unternehmen im Zeitalter der sprunghaften Entwicklung von KI-Systemen zukünftig gerade durch die ihnen zur Verfügung stehenden Daten von der Konkurrenz abgrenzen werden.

2. Die Datennutzung muss insgesamt bürokratieärmer werden. Der Data Act erfordert als Voraussetzung für die Nutzung auch nicht-personenbezogener Daten jeweils den Abschluss eines Vertrags zwischen Dateneigner („Device-hersteller“) und Nutzer. Die Entwicklung von europaweit einheitlichen „Mustervertragsklauseln“ ist im Data Act zwar vorgesehen – allerdings ist schnellerer Fortschritt dabei wünschenswert.

Gerade für Kleinstunternehmen, Startups und KMU ist angezeigt, durch Ausnahmen und Erleichterungen gegenüber größeren Unternehmen, einen angemessenen Rahmen für die Pflichten bei Datennutzung und -verarbeitung festzulegen.

3. Neben Beschränkungen für die internationale Übermittlung von Daten führt der Data Act auch für nicht-personenbezogene Daten das Konzept der „Zweckbindung“ ein, wonach Datenverarbeitungen nur mit dem Nutzer im Vorhinein vertraglich festgelegte Zwecke möglich sind.

In der neuen Datenstrategie muss deutlich sein, dass die Nutzung nicht-personenbezogener Daten gegenüber den für personenbezogenen Daten geltenden Einschränkungen wesentlich vereinfacht bleibt.

4. Die Strategie für eine Datenunion muss darauf ausgelegt sein, schnelle Veränderung von Technologien zu ermöglichen und zu begünstigen, sowie den Zugang von europäischen Unternehmen zu modernsten Computer-Technologien auch internationaler Hersteller zu gewährleisten. Die aktuell im Data Act geltenden Regelungen für die Standardisierung von Cloud-Diensten sind dahingehend zu überprüfen, ob sie die unabhängige europäische Entwicklung und den Zugang europäischer Unternehmen zu modernsten Cloud-Technologien nicht eher verringern.

5. Klares Ziel der Strategie für eine Datenunion muss sein, für Konsistenz der auf den Datenbereich bezogenen Initiativen und Regelungswerke zu sorgen. Erforderlich sind klare, technologiespezifische, rechtliche Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit gewährleisten und Innovationsfähigkeit fördern. Dazu müssen

Rechtsgrundlagen, Zweckbindungs- bzw. Zweckänderungsregelungen, Betroffenenrechte, insb. Transparenzpflichten, und Verantwortlichkeiten überprüft und ggf. angeglichen bzw. ergänzt werden.

6. Insoweit muss integraler Bestandteil der geplanten Strategie für eine Datenunion auch eine vertiefte Überprüfung und Fortentwicklung der Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sein – sei es im Wege eines sog. „Omnibuspakets“, sei es im Weg einer Spezialregelung: Denn seit Geltung der DSGVO hat sich die Datenwirtschaft bereits stark verändert. Große Unternehmen dominieren den Markt wichtiger digitaler Dienstleistungen; Vieles wird nur noch in der Cloud angeboten. Vor diesem Hintergrund hat sich das Verhältnis zwischen den Nutzern dieser Produkte (nach der DSGVO die datenschutzrechtlich Verantwortlichen) und den Herstellern verschoben: Es ist daher höchste Zeit, dass die Hersteller digitaler Produkte und Services nicht nur für die Cybersicherheit dieser Produkte (wie im Cyber-Resilience-Act bereits vorgesehen), sondern auch für deren Datenschutzkonformität verantwortlich werden; der einzelne Nutzer kann dies gar nicht (mehr) überblicken. Zudem muss der Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO, der von der Rechtsprechung mittlerweile sehr weit ausgelegt wird, auch im Sinne einer reibungslosen Datennutzung auf das in Art. 8 der EU-Grundrechtecharta vorgesehene Maß zurückgeführt werden. Dokumentations-, Rechenschafts- und Informationspflichten gerade für kleine und mittlere Unternehmen gehören auf den Prüfstand. Mit diesen Maßnahmen würde Art. 1 Abs. 3 DSGVO, der ja bereits vorsieht, dass der freie Verkehr personenbezogener Daten in der Union nicht aus Gründen des Datenschutzes eingeschränkt oder verboten werden darf, Geltung verliehen und vermieden, dass das Datenschutz-Grundrecht als „absolutes Grundrecht“ missverstanden wird.

Berichterstatter:
Mitberichterstatterin:

Benjamin Miskowitsch
Stephanie Schuhknecht

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 30. Sitzung am 26. Juni 2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 30. Sitzung am 26. Juni 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 2025 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

SPD: Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Stephanie Schuhknecht

Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion („Data Union Strategy“)

23.05.2025 - 18.07.2025

Drs. 19/6919, 19/7597

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt die geplante neue Strategie der EU-Kommission für die Datenunion. Dabei handelt es sich um die Weiterentwicklung der EU-Datenstrategie aus dem Jahr 2020, die bereits wichtige Weichen für die Zukunft der Europäischen Datenökonomie stellte.

Die Entwicklung und Ausgestaltung der Datenökonomie ist absehbar der wichtigste Treiber für wirtschaftliches Wachstum, Innovation und spannende, zukunftsweisende Arbeitsfelder.

Dabei ergibt sich durch die technologischen und geopolitischen Entwicklungen eine neue Ausgangslage für die Erfolgsfaktoren Europäischer Unternehmen im Umfeld einer entstehenden Europäischen Datenökonomie. Die Strategie für eine Datenunion muss dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit des industriellen Sektors zu unterstützen, indem sie Wertschöpfung versprechenden Datenaustausch anregt.

Zuallererst steht dabei die Erkenntnis, dass durch die sprunghaften Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der Künstlichen Intelligenz der Wert von qualitativ hochwertigen Daten noch einmal massiv gestiegen ist. In Zukunft werden sich nicht mehr nur einschlägige „Technologie“-Unternehmen dadurch differenzieren und profilieren, dass ihre Daten durch KI-Systeme analysiert und nutzbar gemacht werden, sondern die Erhebung und Nutzung proprietärer Daten wird für Unternehmen aller Branchen, insbesondere des für Bayern so wichtigen Industrie- und Deep-Tech-Zweiges, wesentliches Erfolgsmerkmal sein.

Bereits in der Datenstrategie des Jahres 2020 und insbesondere in der Implementierung des EU-Data-Acts wurde das Potenzial der Nutzung von Industriedaten klar gesehen. Die Strategie für eine Datenunion muss dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit des industriellen Sektors zu unterstützen, indem sie Wertschöpfung versprechenden Datenaustausch anregt.

Begleitend dazu wurden im Data Act „Dateneigner“ (Unternehmen, deren Produkte während der Nutzung Daten erzeugen) dazu verpflichtet, diese den Nutzern der Produkte zugänglich zu machen bzw. die Daten auf Wunsch des Nutzers Dritten „Datenempfängern“ zugänglich zu machen.

Die Strategie für eine Datenunion muss einen Beitrag zur Rechtssicherheit bei Datenutzung und -austausch leisten, ohne gleichzeitig durch unangemessenen Erfüllungsaufwand oder Risiken beim Datenaustausch (z. B. Zugriff auf Geschäftsgeheimnisse) die Entwicklung datengetriebener Geschäftsmodelle im internationalen Vergleich weniger attraktiv zu machen.

Gleichzeitig wurden bereits im Data Act der internationalen Übermittlung auch von nicht-personenbezogenen Daten Beschränkungen auferlegt, um den staatlichen Zugang zu verhindern, soweit dieser Zugang Unions- oder nationalem Recht widerspricht. Hier muss sichergestellt sein, dass die einschlägigen Regelungen für die Übermittlung von personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Daten miteinander in Kohärenz stehen.

Deswegen sind im Einzelnen folgende Anmerkungen aus bayerischer Sicht veranlasst:

1. Die Anreize, qualitativ hochwertige (Maschinen-)daten zu erheben und zu nutzen müssen in der Strategie für eine Datenunion im Vordergrund stehen, da sich Unternehmen im Zeitalter der sprunghaften Entwicklung von KI-Systemen zukünftig gerade durch die ihnen zur Verfügung stehenden Daten von der Konkurrenz abgrenzen werden.
2. Die Datennutzung muss insgesamt bürokratieärmer werden. Der Data Act erfordert als Voraussetzung für die Nutzung auch nicht-personenbezogener Daten jeweils den Abschluss eines Vertrags zwischen Dateneigner („Device-Hersteller“) und Nutzer. Die Entwicklung von europaweit einheitlichen „Mustervertragsklauseln“ ist im Data Act zwar vorgesehen – allerdings ist schnellerer Fortschritt dabei wünschenswert. Gerade für Kleinstunternehmen, Start-ups und KMU ist angezeigt, durch Ausnahmen und Erleichterungen gegenüber größeren Unternehmen, einen angemessenen Rahmen für die Pflichten bei Datennutzung und -verarbeitung festzulegen.
3. Neben Beschränkungen für die internationale Übermittlung von Daten führt der Data Act auch für nicht-personenbezogene Daten das Konzept der „Zweckbindung“ ein, wonach Datenverarbeitungen nur mit dem Nutzer im Vorhinein vertraglich festgelegte Zwecke möglich sind.

In der neuen Datenstrategie muss deutlich sein, dass die Nutzung nicht-personenbezogener Daten gegenüber den für personenbezogenen Daten geltenden Einschränkungen wesentlich vereinfacht bleibt.

4. Die Strategie für eine Datenunion muss darauf ausgelegt sein, schnelle Veränderung von Technologien zu ermöglichen und zu begünstigen, sowie den Zugang von europäischen Unternehmen zu modernsten Computer-Technologien auch internationaler Hersteller zu gewährleisten. Die aktuell im Data Act geltenden Regelungen für die Standardisierung von Cloud-Diensten sind dahingehend zu überprüfen, ob sie die unabhängige europäische Entwicklung und den Zugang europäischer Unternehmen zu modernsten Cloud-Technologien nicht eher verringern.
5. Klares Ziel der Strategie für eine Datenunion muss sein, für Konsistenz der auf den Datenbereich bezogenen Initiativen und Regelungswerke zu sorgen. Erforderlich sind klare, technologiespezifische, rechtliche Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit gewährleisten und Innovationsfähigkeit fördern. Dazu müssen Rechtsgrundlagen, Zweckbindungs- bzw. Zweckänderungsregelungen, Betroffenenrechte, insb. Transparenzpflichten, und Verantwortlichkeiten überprüft und ggf. angeglichen bzw. ergänzt werden.
6. Insoweit muss integraler Bestandteil der geplanten Strategie für eine Datenunion auch eine vertiefte Überprüfung und Fortentwicklung der Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sein – sei es im Wege eines sog. Omnibuspakets, sei es im Weg einer Spezialregelung: Denn seit Geltung der DSGVO hat sich die Datenwirtschaft bereits stark verändert. Große Unternehmen dominieren den Markt wichtiger digitaler Dienstleistungen; vieles wird nur noch in der Cloud angeboten. Vor diesem Hintergrund hat sich das Verhältnis zwischen den Nutzern dieser Produkte (nach der DSGVO die datenschutzrechtlich Verantwortlichen) und den Herstellern verschoben: Es ist daher höchste Zeit, dass die Hersteller digitaler Produkte und Services nicht nur für die Cybersicherheit dieser Produkte (wie im Cyber-

Resilience-Act bereits vorgesehen), sondern auch für deren Datenschutzkonformität verantwortlich werden; der einzelne Nutzer kann dies gar nicht (mehr) überblicken. Zudem muss der Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO, der von der Rechtsprechung mittlerweile sehr weit ausgelegt wird, auch im Sinne einer reibungslosen Datennutzung auf das in Art. 8 der EU-Grundrechtecharta vorgesehene Maß zurückgeführt werden. Dokumentations-, Rechenschafts- und Informationspflichten gerade für kleine und mittlere Unternehmen gehören auf den Prüfstand. Mit diesen Maßnahmen würde Art. 1 Abs. 3 DSGVO, der ja bereits vorsieht, dass der freie Verkehr personenbezogener Daten in der Union nicht aus Gründen des Datenschutzes eingeschränkt oder verboten werden darf, Geltung verliehen und vermieden, dass das Datenschutz-Grundrecht als „absolutes Grundrecht“ missverstanden wird.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung –
Bereitschaft 2030
JOIN(2025) 120 final
BR-Drs. 156/25
Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge
JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25
BR-Drs. 167/25
Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 120/25
Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

A

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Aktionsplan für Stahl und Metall
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 169/25
Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer
COM(2025) 79 final
BR-Drs. 131/25
Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Dekarbonisierung von Unternehmensflotten
COM(2025) 96 final
BR-Drs. 130/25
Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen
COM(2025) 88 final
BR-Drs. 135/25
Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs. 19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
COM(2025) 89 final
BR-Drs. 136/25
Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent

COM(2025) 165 final
BR-Drs. 209/25
Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze
13.05.2025 - 05.08.2025
Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion („Data Union Strategy“)
23.05.2025 - 18.07.2025
Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



Anträge

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes
Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres
an Bayerischen Kliniken
Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen!
Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen!
Qualität im Gesundheitswesen verbessern!
Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.:
Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen
Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

17. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.:
Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln
Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

18. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.:
Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten
Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft
Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen – Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall
Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!
Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Kurorte in der Krise
Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Transparente und faire Versetzungsverfahren
und Stellenzuweisungen von Lehrkräften
Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einschleusung beenden!
Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der
Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen
Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen,
Demokratie stärken
Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und „regulatorischen Sandkästen“ in Bayern
Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr
Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen
Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam mit den Kirchen handeln:
Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen
Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen
Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten
Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Augsburger Eiskanal erhalten!
Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas
Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern: Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen! Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD) Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen! Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schreibkompetenz verstärkt fördern
Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Augsburger Eiskanals sichern - verlässliche Trainings- und Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser
Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kommunale Selbstverwaltung achten:
Verbottspolitik der Staatsregierung beenden!
Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handels- und Transparenzregister
Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen
Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Gedenkort gegen Linksextremismus:
Die „Landshut“ nach Landshut holen!
Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!
Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie:
Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen!
Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine zweite Runde:
Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen!
Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei und Infrastruktur in Bayern
Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen –
Anstieg der Gewalt konsequent stoppen
Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ja zu Olympia in München und Bayern!
Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie:
Referenzertragsmodell beibehalten
Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung
Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Chance nutzen, Pendler entlasten!
Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale
Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung
durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum
Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern –
günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!
Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien
Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren!
Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule
Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				